

**Benennung der Städtischen Berufsoberschule
Ausbildungsrichtung Wirtschaft und Verwaltung
in Städtische Nelson-Mandela-Berufsoberschule
für Wirtschaft**

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 10505

Anlage

Beschluss des Bildungsausschusses des Stadtrates vom 31.01.2018 (SB)
Öffentliche Sitzung

I. Vortrag der Referentin

1. Einleitung

Das Referat für Bildung und Sport beantragt, der Städtischen Berufsoberschule, Ausbildungsrichtung Wirtschaft und Verwaltung, den Namen „Städtische Nelson-Mandela-Berufsoberschule für Wirtschaft“ zu geben.

Die Berufsoberschule, Ausbildungsrichtung Wirtschaft und Verwaltung hat als Ergebnis eines vierjährigen Diskussionsprozesses auf allen Ebenen der Schulfamilie den Antrag auf Namensgebung gestellt. Angestoßen wurde der Prozess im Schuljahr 2012/13 aufgrund einer Anfrage des Direktoriums, ob eine städtische Schule Interesse an einer entsprechenden Namensgebung habe.

In den Prozess wurde die Schulgemeinschaft einbezogen. In mehreren öffentlichen Treffen wurden Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte eingeladen, sich mit der vorgeschlagenen Namensgebung auseinanderzusetzen. Bei einer Abstimmung in der Schülerinnen- und Schülermitverantwortung, in der Lehrkräftekonferenz und in der Schulleitung wurde dem vorgeschlagenen Namen mehrheitlich zugestimmt.

2. Zur Person des Namensgebers

Nelson Mandela wurde am 18. Juli 1918 in Mvezo, Transkei geboren. Bereits als junger Jurastudent engagierte er sich in der politischen Opposition gegen das weiße Minderheitsregime in Südafrika mit dem Ziel, für die schwarze Mehrheit des Landes gleiche politische, soziale und wirtschaftliche Rechte zu erkämpfen. 1944 trat er dem African National Congress (ANC) bei und gründete mit anderen Politikern die Jugendorganisation ANC Youth League.

Nach dem Sieg der „Afrikaner“-dominierten National Party bei den Parlamentswahlen 1948 wurde in Südafrika die Politik der Apartheid eingeführt, die die weiße Vorherrschaft gegenüber „Afrikanern, Farbigen und Indern“ für alle Zeiten sichern sollte. Alle Südafrikaner wurden nach der sogenannten Rassenzugehörigkeit eingeteilt, sogenannte Mischehen verboten, das begrenzte Wahlrecht für Nichtweiße abgeschafft und strikt getrennte Wohnbezirke eingeführt. Die Hautfarbe der Menschen war das einzige und wichtigste Kriterium zur Bewertung der Menschen.

In den folgenden Jahren bekämpfte der ANC unter der Leitung von Nelson Mandela das Apartheid-Regime, inspiriert von den Methoden des gewaltlosen Widerstands Mahatma Gandhis. Mandela wurde aufgrund seiner Aktivitäten 1952 zum ersten Mal zu einer Bewährungsstrafe verurteilt und gebannt, so dass er seinen Wohnort Johannesburg nicht verlassen und sich nicht politisch betätigen durfte.

In einem anschließenden Prozess wurde er zusammen mit Mitkämpferinnen und Mitkämpfern des Landesverrats angeklagt, aber 1961 freigesprochen. Trotzdem wurde er zur Verhaftung ausgeschrieben und verschwand im politischen Untergrund. Zu Beginn des Jahres 1962 gelang es Mandela, Südafrika illegal zu verlassen und seinen politischen Kampf gegen die Apartheid aus dem Ausland fortzusetzen.

Nach seiner Rückkehr Mitte des Jahres wurde er wieder verhaftet und in einem Prozess zu fünf Jahren Gefängnis wegen des Aufrufs zum Streik und illegalen Auslandsreisen verurteilt. 1963 wurde er erneut vor Gericht gestellt und am 20.01.1964 wegen Sabotage und Planung eines bewaffneten Kampfes zu lebenslanger Haft verurteilt.

Erst am 11.02.1990 wurde Mandela auf Befehl des Staatspräsidenten Frederick de Klerk aus der Haft entlassen. Nachdem er 1991 einstimmig zum Präsidenten des ANC gewählt worden war, leitete er die Verhandlungen mit der Regierung über die Beseitigung des Apartheid-Systems und die Schaffung einer neuen, vorläufigen Verfassung. 1993 wurde dann eine Vereinbarung über freie Wahlen und eine fünfjährige Übergangsregierung der nationalen Einheit erzielt. Mandela und de Klerk erhielten für diese Leistung 1993 gemeinsam den Friedensnobelpreis.

1994 gewann der ANC mit absoluter Mehrheit die ersten demokratischen Wahlen in Südafrika und Mandela wurde vom Parlament zum ersten schwarzen Präsidenten Südafrikas gewählt. Als Staatschef und Präsident des ANC leitete Mandela die Umgestaltung des Staates und der Gesellschaft weg von der Apartheid und der Minderheitengesellschaft und war der wichtigste Wegbereiter des versöhnlichen Übergangs von der Apartheid zu einem gleichheitsorientierten, demokratischen

Staatswesen in Südafrika. Er gewann internationalen Respekt für sein Eintreten für nationale und internationale Versöhnung. Nach einer Amtszeit schied Mandela aus der aktiven Politik aus und betätigte sich für eine Reihe von sozialen und Menschenrechtsorganisationen. Mandela starb am 5. Dezember 2013 in Johannesburg.

3. Begründung der Wahl des Namensgebers

Das Leben von Nelson Mandela war geprägt vom gewaltfreien Kampf gegen die Apartheid und dem Streben nach einer Welt freier gleicher Menschen, ohne Rassismus, demokratisch regiert und sozial organisiert. Vor allem nach seiner Befreiung aus dem Gefängnis vertrat er überzeugend und charismatisch die Politik der gegenseitigen Versöhnung und Vergebung und legte so den Grundstein für den gewaltfreien, friedlichen Übergang der Republik Südafrika von einer rassistischen Diktatur zu einer Demokratie.

Bereits als junger Mann vertrat Mandela mit Reden und Texten eine Politik des gewaltfreien Widerstands und bemühte sich, als diese Politik zum Scheitern verurteilt schien, um internationale politische Unterstützung für die Sache der Afrikaner. Auch 26 Jahre Gefängnis und das damit verbundene Schweigen haben seinem Ansehen nicht geschadet.

Bereits am Tag seiner Freilassung leitete Mandela mit einer Rede vor 120.000 Zuhörerinnen und Zuhörern in einem Stadion in Soweto öffentlich seine Politik der Versöhnung ein, indem er „alle Menschen, die die Apartheid aufgegeben haben“, zur Mitarbeit an einem „nichtrassistischen, geeinten und demokratischen Südafrika mit allgemeinen, freien Wahlen und Stimmrecht für alle“ einlud.

Mandela gelang es, den Versuchungen von Macht und Geld zu widerstehen, da er nach einer Amtszeit die politische Staatsführung abgab. Durch sein integres Wirken in der Gefangenschaft und nach der Freilassung wurde er zum „Vater“ der neuen Nation und zu einem weltweit anerkannten politischen und moralischen Vorbild.

Die von Mandela lebenslang vertretenen Überzeugungen und Forderungen können auch für die Gesellschaft in Deutschland als Maßstab dienen. Durch die Benennung der Städtischen Berufsoberschule Wirtschaft nach Nelson Mandela setzt die Landeshauptstadt München ein klares Signal für Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit und den Gedanken der Versöhnung zwischen den verschiedenen Gruppen der Gesellschaft.

4. Rechtliche Voraussetzungen

Die amtliche Bezeichnung von Schulen ist im Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetz (Art. 29 Bayerisches Erziehungs- und Unterrichtsgesetz, Bezeichnung von Schulen) geregelt. Aus der amtlichen Bezeichnung muss sich der Schulträger, die Schulart und der Schulort ergeben. Die Namensgebung von Schulen ist ebenfalls in Art. 29 BayEUG geregelt.

Der Schule kann über die amtliche Bezeichnung hinaus vom Schulträger mit Zustimmung des Schulaufwandsträgers, der Lehrerkonferenz, des Elternbeirates¹ und der Schülermitverwaltung, bei Berufsschulen des Berufsschulbeirates, ein Name verliehen werden. Über die Namensgebung entscheidet der Stadtrat. Die Namensrechte sind mit der „Nelson Mandela Foundation“ geklärt. Die Handlungshinweise gibt der „Code of Conduct“ vor (s. Anlage).

5. Zusammenfassung

Als die verschiedenen Gremien und Beteiligten der Städtischen Berufsoberschule, Ausbildungsrichtung Wirtschaft und Verwaltung, den Prozess der Namensgebung begannen, war das oberste Ziel, eine Person zu finden, die das Selbstverständnis und das Selbstbewusstsein der Schule nach außen tragen kann und die Überzeugungen widerspiegelt, von denen sich die Lehrkräfte wie die Schülerinnen und Schüler leiten lassen.

Die Schule war bis zum Beginn des Schuljahres 2015/16 in der Heidemannstraße 164 in unmittelbarer Nähe der großen Flüchtlingsunterkunft in der Bayernkaserne untergebracht. Diese räumliche Nähe bewegte die Schülerinnen und Schüler bereits vor einigen Jahren dazu, sich in vielfältiger Weise für die Bewohnerinnen und Bewohner der Unterkunft zu engagieren. Unter anderem entstand auch ein Flyer, in dem die ansässige Wohnbevölkerung über die Flüchtlinge informiert wurde, um entstehende Feindbilder zu bekämpfen.

Die Schule hat die Begeisterung der Schülerinnen und Schüler auch in den Unterricht aufgenommen, beispielsweise durch Projekte im Rahmen des Geschichts- und Sozialkundeunterrichts und im Fach Deutsch. Die Erfahrungen der jungen Menschen flossen darüber hinaus auch in die Initiative ein, sich um den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ zu bewerben. Der Termin der Verleihung wird noch festgelegt.

¹ ist in der BOS nicht möglich, da die Schülerinnen und Schüler volljährig sind und es keinen Elternbeirat gibt

Der Antrag, der Schule den Namen „Nelson-Mandela-Berufsoberschule für Wirtschaft“ zu geben, ist ein weiterer Schritt, die freiheitlichen und demokratischen Überzeugungen der ganzen Schulfamilie offen nach innen und außen zu demonstrieren.

Der Korreferentin, Frau Stadträtin Gabriele Neff, und der Verwaltungsbeirätin, Frau Stadträtin Beatrix Burkhardt, wurde ein Abdruck der Beschlussvorlage zugeleitet.

II. Antrag der Referentin

1. Der Bildungsausschuss stimmt der Namensgebung „Städtische Nelson-Mandela-Berufsoberschule für Wirtschaft“ für die Städtische Berufsoberschule, Ausbildungsrichtung Wirtschaft und Verwaltung, zu.
2. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Die Vorsitzende

Die Referentin

Christine Strobl
3. Bürgermeisterin

Beatrix Zurek
Stadtschulrätin

IV. Abdruck von I. mit III.

Über die Stadtratsprotokolle

an das Direktorium – Dokumentationsstelle

an die Stadtkämmerei

an das Revisionsamt

z. K.

V. Wiedervorlage im Referat für Bildung und Sport – Berufliche Schulen

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

2. **An RBS - GL 2**

An RBS - GL 4

An RBS - Recht

z. K.

Am